

stände für die Erhaltung oder Fortentwicklung des internationalen Systems und seiner Teilnehmer.

Knud Krakau

MARTIN and JOAN KYRE

Military occupation and national security

Public Affairs Press

Washington, D. C. 1968

VIII, 198 S., \$ 6,—

Obwohl das Buch keine Geschichte der militärischen Besetzungen fremder Staaten durch die USA gibt, ist das tabellenmäßig zusammengefaßte, umfangreiche historische Material (S. 31 bis 36) gut geeignet, den Mythos von der naturgesetzlichen Friedlichkeit und konstitutionellen Unfähigkeit des demokratischen Staates zu kriegerischen Unternehmungen und Unterwerfungen fremder Völker in Frage zu stellen. Dem idealistischen demokratischen Selbstverständnis Amerikas muß das Problem militärischer Okkupation, sofern es nicht überhaupt ignoriert wird, wie das des Krieges selbst, „verächtlich und unrein“ erscheinen (S. 2). Deshalb ist das Bemühen der Verfasser grundsätzlich verdienstvoll, eine nüchterne systematische Bestandsaufnahme der Möglichkeiten, Techniken, Begrenzungen und gesamtpolitischen Zusammenhänge militärischer Besetzungen zu machen (vgl. auch neuerdings John Gimbel: *The American occupation of Germany*, Stanford 1968). Dabei übersehen die Verfasser jedoch, daß jener Widerspruch zwischen ideologischem Selbstverständnis und Realität nach einer grundsätzlichen Lösung verlangt. Sie dürfte darin liegen, daß die „unreine“ Technik der Okkupation durch die Verbindung mit einem „reinen“ Zweck selbst gereinigt wird: indem man sie zur Expansion der eigenen ja ohnehin universal verstandenen Ideologie einsetzt. Erst am Ende (Kap. 5) wird dieser Zusammenhang angesprochen, obwohl schon früher (S. 28 und Kap. 2) richtig betont wird, daß die militärische Okkupation von der außenpolitischen Zielsetzung her ihren Sinn be-

zieht. Diese Ziele teilen die Verfasser (Kap. 2) sub specie Nationalinteresse in drei sukzessive Phasen ein: a) territoriale und wirtschaftliche Expansion (z. B. Mexiko), b) Erhaltung des status quo für die saturierte Macht (Rheinland, Sibirien) und c) Überleben und Macht (Besetzungen anläßlich des 2. Weltkrieges und seither). Aber schon hier fließen den Verfassern wie selbstverständlich Formulierungen in die Feder („... setting the example of democracy among people in a military occupation“, S. 17; „A military program... for the modernization of the new nations along democratic lines“, S. 68; oder S. 89), die ganz deutlich zeigen, daß Expansion, Sicherheit, status quo, Überleben usw. nicht rein machtpolitische, quantifizierbare Kategorien sind, sondern daß diese im Sinne der „milieu goals“ (A. Wolfers, *Discord and Collaboration*, 1962, S. 73 ff., S. 153 ff.) schon für die früheren Phasen eben in ideologischen Begriffen definiert wurden (unbefriedigend daher z. B. S. 47 ff.). Deshalb ist es keine Periode neuartiger außenpolitischer Ziele, sondern eine solche, in der bisherige Ziele lediglich bewußt mit Mitteln militärischer Okkupation verfolgt werden, wenn die Verfasser die vorläufig letzte und noch andauernde Phase außenpolitischer Zielsetzung als die der „aggressive democratization“ bisher nicht-demokratischer Gesellschaften (z. B. Vietnam) definieren (S. 152 ff.). Hiermit dürfte auch die in Kap. 1 nur unter technischen Gesichtspunkten erörterte Wandlung der Terminologie vom „military government“ zu „civil affairs“ zusammenhängen. Über diese Tendenzen, ihre Implikationen, mögliche Gegenkräfte und Alternativen (recht naiv: die Vereinten Nationen, die aber nur multilateral in etwa dieselben Aufgaben erfüllen sollten, z. B. S. 97) machen die Verfasser einige sehr offenherzige Bemerkungen, die allerdings an der kritischen Distanz zumindest Zweifel lassen (S. 155/6: das amerikanische System beruhe wesentlich auf dem Vertrauen in die Urteilstkraft seiner Bürger; wenn ihnen nun „changing the world into

the American image“ wünschenswert erscheine, „why not continue without fuss?“ Immerhin sei kaum eine Regierungsform so exportwürdig wie die Demokratie . . .). Möglichkeiten für die „aggressive Demokratisierung“ bestünden in Teilungs- oder Einflußzonenarrangements wie in Deutschland oder Korea oder in langdauernden begrenzten Kriegen wie in Vietnam — „the more inclusive it becomes, the more fruitful are the prospects“ (S. 157). Die Verfasser scheinen den unrealistischen Optimismus einiger amerikanischer Entwicklungstheoretiker zu teilen (vgl. S. P. Huntington, Diskussionsbeitrag, No more Vietnams? Atlantic Monthly, Dez. 1968, S. 98—100).

Interessantere Einsichten vermitteln sie, wenn sie die Wirkungen innenpolitischer Kräfte auf konkrete Ziele und Techniken der militärischen Okkupation untersuchen: das Wechselspiel zwischen „national principles“ (als Teilaspekten der amerikanischen Ideologie) und schwankenden Stimmungen („moods“) in der nationalen Öffentlichkeit: beide können im Gegensatz zueinander stehen oder sich gegenseitig verstärken, oder die Öffentlichkeit kann gleichgültig sein; auch Interessengruppen und Journalisten werden auf ihre Einwirkungen behandelt (Kap. 3), sowie in Kap. 4 ausführlich Fragen der Persönlichkeitseinflüsse der individuell Verantwortlichen, Probleme der Führung (zentralisiert — dezentralisiert), Durchführung, Verwaltung, Organisation, Ausbildung usw.

Da die Verfasser politologisch und soziologisch orientiert sind, bleiben ihre juristischen Erörterungen (S. 4 ff., 82 ff.) unbefriedigend. Ihrer Ansicht nach haben diese Erwägungen untergeordnete Bedeutung, etwa als minimale, wenn auch (Menschenrechtserklärung) expandierende Grenzen für die Befugnisse des Okkupanten.

In diesem Zusammenhang kommen die Verfasser zu den (vom Standpunkt internationaler Entwicklungen aus jedenfalls) wichtigsten Erkenntnissen. Der in der Tat unbefriedigende Zustand des Rechts der militärischen Okkupation

hängt mit der Diskrepanz zwischen diesem Recht und neuen Realitäten, d. h. mit den Veränderungen jener politischen Situation zusammen, die seiner Herausbildung zugrunde lag, damals dem begrenzten europäischen Staatenkrieg. Seit 1917/18 stehen in den größeren kriegerischen Auseinandersetzungen die ideologischen Grundlagen und politischen Strukturen auf dem Spiele. Die rein militärische Okkupation hat nur noch kurzfristig-untergeordnete Bedeutung. Das eigentliche Kriegsziel ist die ideologische und politisch-strukturelle Umgestaltung (u. a. „aggressive democratization“, s. o.). Waffenstillstands- und Friedensvertrag sind regelmäßig nicht mehr erreichbar. Die Okkupation (Militärverwaltung und Besatzungsprogramme) übernimmt deren Funktion unter der zuvor bezeichneten Zielsetzung (S. 23 ff. mit dem gedachten Beispiel einer Invasion in Kuba 1962), d. h. die Okkupation wird zum wesentlichen Bestandteil der Außenpolitik allgemein und verliert ihren spezifisch militärischen Aspekt. Das wird noch deutlicher und zugleich komplizierter in kleinen, begrenzten Kriegen (besonders den von der Gegenseite sogenannten nationalen Befreiungskriegen) wie in Vietnam, die sich nach Ansicht der Verfasser in Asien, Lateinamerika jederzeit wiederholen können. In diesen langdauernden, bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen mit verschwimmenden und immer wieder wechselnden Fronten (vgl. S. 63, 154 ff.) finden Krieg und Okkupation permanent gleichzeitig statt. Das klassische Modell dagegen ging von säuberlich getrennten sukzessiven Phasen aus. Vor allem die Zivilbevölkerung gerät jetzt zwischen die realen und die normativen Fronten. Für den Kriegführenden wird der Okkupationsaspekt (civil affairs, civil action, pacification, economic aid, political development usw.) zu einem integrierenden Teil der Kriegführung und deshalb primär von seiner allgemeinen politischen Zielsetzung bestimmt. — Vor allem diese Aspekte machen das Buch lesenswert.

Knud Krakau